

Nein zu höheren Studiengebühren an den ETH – auch für Ausländer_innen
Bildung ist ein Menschenrecht!

Resolution zuhanden der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 29. Juni 2013

Das Parteiprogramm der SP Schweiz macht klar, was Bildung für uns Sozialdemokrat_Innen bedeutet: Sie ist das wichtigste Gut. Sie ist die Grundlage dafür, dass unsere demokratische Gesellschaft funktionieren kann. Sie ermöglicht kritisches Denken und ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Handeln. Bildung ist der Einstieg ins Leben. Sie ist ein Recht, das uns allen zusteht. Es ist Aufgabe unserer Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass die tertiäre Bildung allen zugänglich ist, egal ob arm oder reich, egal ob Schweizer_in oder Ausländer_in. Kostenlose Bildung bedeutet gleiche Chancen für alle.

Die Sozialdemokratie in der Schweiz hat sich seit jeher auf die Fahne geschrieben, dass beim Zugang zur Bildung Chancengleichheit und -gerechtigkeit herrscht. Es ist befremdend – wenn nicht beschämend – dass in der Frühjahrsession des eidgenössischen Parlaments ein Vorstoss von diversen SP-Politiker_innen dieses Prinzip untergräbt. Die parlamentarische Initiative 13.405 (*Nordmann et al.*) fordert, dass Bildungsausländer_innen einseitig bis zu drei Mal höhere Studiengebühren an den ETHs bezahlen sollen.

Es widerspricht den Grundwerten der Sozialdemokratie, wenn junge Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden und ihnen der Zugang zum Studium willkürlich verweigert wird. Bildung ist ein Menschenrecht. Und Menschenrechte sind für uns Sozialdemokrat_innen nicht verhandelbar.

Der Vorstoss widerspricht zudem dem Gedanken der europäischen Solidarität, zu dem sich die SP immer bekannt hat. Dazu gehört auch die Mobilität der Studierenden, die eben nicht über einen Schweizer Vorbildungsnachweis verfügen. Es geht nicht an, dass nun von linker Seite eine Beschneidung dieses Prinzips gefordert wird.

Die Juso fordert, dass sich die SP positioniert sich deshalb klar gegen solche unsolidarischen und diskriminierenden Initiativen und strebt grundsätzlich die Abschaffung der Studiengebühren an!

Antragssteller_innen:

JUSO Stadt Bern, Vorstand JUSO Kanton Zürich, JUSO Waadt